

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus...

Die sozialistische Kampfbroschüre über Herrn Kautz hat 6.- M. einschließlich Postentlohn. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M. einschließlich Postentlohn...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Putschpläne der Orgesch in Tirol

Deutsche Monarchisten als Helfershelfer

Von Bayern aus bestehen seit langem die engsten Beziehungen zu der Konterrevolution in Tirol, die sich dort in den Selbstschußverbänden zusammengeschlossen hat. In Bayern sind die Selbstschußverbände (Einwohnerwehren usw.) verboten, sie können deshalb nur eine illegale Existenz führen.

Die Blätter veröffentlichen einen Aufruf des Tiroler Selbstschußverbandes, worin unter Hinweis auf den persönlichen und völkischen Selbsterhaltungstrieb, auf die Notwendigkeit der Bekämpfung jedes gewaltsamen Umsturzes von rechts oder links und auf den Umstand, daß die Wehrmacht außer Landes sei, alle auf dem Boden des Selbstschußverbandes stehenden aufgefordert werden, sich bei den Werbestellen zum Beitritt zu melden.

Die letzten Münchener Veröffentlichungen über die Geheimbünde und Nachrichtenzentralen haben gezeigt, daß die Selbstschußverbände durchaus nicht so harmlos sind und daß sie ganz andere Ziele haben, als nur die Abwehr von Umsturzesversuchen „von

rechts oder links“. Es handelt sich um rechtsputschistische Vereinigungen, die nur auf den geeigneten Augenblick lauern, um ihre Ziele zu verwirklichen. Die Verbindung zwischen den bayerischen Geheimorganisationen und den Tiroler Selbstschußverbänden wird aufrechterhalten durch Herrn Kanizler, dem früheren stellvertretenden Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren, der gleichzeitig der Führer der „Orfa“ ist.

Der Aufruf der Tiroler Selbstschußverbände zeigt, wie aktiv die Orgesch in Tirol ist. Die Selbstschußverbände, die eine Unterorganisation der Orgesch in Tirol darstellen, blasen zum Sammeln, um gerüstet zu sein für die kommende Aktion.

Die Enthüllungen über die Münchener Geheimorganisationen veranlassen ihre Leiter, das Zentrum der Geheimbünde nach Tirol zu verlegen. Der Aufruf der Tiroler Selbstschußverbände verdient deshalb im Zusammenhang mit den geschilderten Bestrebungen größte Beachtung.

Antwort der Koalitionsparteien

Die Sozialdemokratische Partei hat an die Demokratische Reichstagsfraktion folgendes Schreiben gerichtet:

Wie die Vertreter meiner Partei in der gestrigen Interfraktionellen Besprechung bereits mündlich mitgeteilt haben, hat die Zentralleitung und Reichstagsfraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch Schreiben vom 1. Oktober d. J. auf Anfrage, ob und unter welchen Bedingungen die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands bereit wäre, in das Kabinett Wirth einzutreten, geantwortet, daß sie vor Beantwortung dieser Frage ihrerseits Fragen müsse, ob alle Koalitionsparteien bereit seien, mit den Unabhängigen eine Regierung zu bilden, welche die Durchführung einer Reihe von Forderungen als ihr Mindestprogramm beabsichtigt.

Wir brauchen Ihnen nicht besonders zu versichern, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf eine Erweiterung der Koalition durch Einbeziehung der Unabhängigen den größten Wert legt. Wir bitten Sie deshalb, uns sobald als irgendmöglich mitzuteilen, ob Sie grundsätzlich bereit sind, die Unabhängigen in die Koalition einzubeziehen, und ob Sie gewillt sind, die in dem Brief der Unabhängigen vom 1. Oktober aufgestellten Forderungen in das Regierungsprogramm aufzunehmen.

Ramens der Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat Reichsminister a. D. Koch diese Anfragen mit folgendem Schreiben erwidert:

Auf Ihre gefl. Anfrage erwidern wir ergebenst: Die demokratische Fraktion lehnt auf dem Standpunkt, daß die Berücksichtigung für das Schicksal unseres Volkes auf möglichst breiter Schulter zu liegen ist. Sie lehnt die Mitwirkung keiner Partei ab, die sich in der Not des Vaterlandes zu dem Entschluß durchringt, auf dem Boden der Weimarer Verfassung an der Wiederaufrichtung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens mitzuarbeiten.

Im Auftrage der Zentrumsfraktion hat der Abg. Marx an die sozialdemokratische Partei folgende Antwort gerichtet:

„Auf das geehrte Schreiben vom 4. d. M., betreffend die Einbeziehung der U. S. P. in die Koalition, erlaube ich mir namens des Vorstands der Zentrumsfraktion des Reichstages zu erwidern, daß, wie allgemein bekannt ist, innerhalb der gegenwärtigen Regierung bereits Verhandlungen über die Erweiterung der bestehenden Koalition mit der Deutschen Volkspartei im Gange sind. Auf die von Ihnen an uns gerichtete Anfrage über die Einbeziehung der U. S. P. der Koalition beigetreten, kann deshalb erst dann eine Antwort von uns gegeben werden, wenn vorher festgestellt ist, ob die U. S. P. auch einer solchen Erweiterung der Koalition nach rechts zustimmt und ob sie bereit ist, auch ihrerseits die nötigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.“

Die Antworten sollen offenbar eine Nachahmung der unseren sein. Aber sie mütten uns an wie die schlechte Kopie eines guten Originals. Vor allem sind sie ein Unwissen: sie geben keine Auskunft auf die von uns gestellten Fragen; sie sagen insbesondere nichts über unsere Mindestforderungen. Sie lassen nur sehr deutlich erkennen, daß es den bürgerlichen Parteien darauf ankommt, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzukommen.

Das Zentrum lehnt, so stellt sich die schon an sich nicht ernste Frage, ob wir mit dieser Partei zusammengehen würden, als eine Ablehnung der Verantwortung und damit als rein taktisches Manöver dar. Dabei ist dieses Manöver so burlesk, daß es wirklich niemandem täuschen kann. Der klare Tatbestand ist, daß es den bürgerlichen Koalitionsparteien um die Verbreiterung nach rechts zu tun ist.

Das Zentrum lehnt, so stellt sich die schon an sich nicht ernste Frage, ob wir mit dieser Partei zusammengehen würden, als eine Ablehnung der Verantwortung und damit als rein taktisches Manöver dar. Dabei ist dieses Manöver so burlesk, daß es wirklich niemandem täuschen kann. Der klare Tatbestand ist, daß es den bürgerlichen Koalitionsparteien um die Verbreiterung nach rechts zu tun ist.

Das Zentrum lehnt, so stellt sich die schon an sich nicht ernste Frage, ob wir mit dieser Partei zusammengehen würden, als eine Ablehnung der Verantwortung und damit als rein taktisches Manöver dar. Dabei ist dieses Manöver so burlesk, daß es wirklich niemandem täuschen kann. Der klare Tatbestand ist, daß es den bürgerlichen Koalitionsparteien um die Verbreiterung nach rechts zu tun ist.

Parteitag der U.S.P.

Das Zentralkomitee beschloß, den nächsten Parteitag zum Sonntag, den 8. Januar 1922, nach Leipzig (Volkshaus), nachmittags 5 Uhr, einzuberufen.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung und Konstituierung des Parteitages
2. Geschäftsbericht
a) Allgemeines
b) Kassenbericht und Organisation
3. Bericht der Reichstagsfraktion
4. Bericht der Programmkommission
5. Finanzen und Steuerpolitik
6. Organisationsstatut
7. Die Internationale Arbeitsgemeinschaft
8. Anträge
9. Wahl der Parteileitung.

(Referenten werden noch bekanntgegeben.)

Für die Zusammensetzung des Parteitages sind die Beschlüsse des Haller Parteitages maßgebend; da heißt es:

Der Parteitag setzt sich aus Delegierten der Bezirksorganisationen zusammen. Die Gesamtzahl der Delegierten darf nicht mehr als 400 betragen. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die am letzten Vierteljahresabschluss Pflichtbeiträge an die Zentralleitung abgeführt worden sind. Jeder Bezirk erhält mindestens einen Delegierten.

Die Wahlen der Delegierten zum Parteitag sind bezirksweise nach einheitlichen Grundregeln vorzunehmen. Die Wahlordnung hat das Zentralkomitee gleichzeitig bekanntzugeben.

Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis ihrer Zahl bei der Delegiertenwahl zu berücksichtigen.

Beschlußrecht auf dem Parteitag haben nur die gewählten Delegierten.

Das Zentralkomitee beschloß, die Zahl der Delegierten auf 200 festzusetzen. Außerdem nehmen teil Zentralkomitee, Beirat und Kontrollkommission sowie eine Vertretung der Reichstagsfraktion. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt am 17. November durch das Zentralkomitee nach dem für das Quartal Juli-August-September an die Zentrale abgeführten Pflichtbeiträgen. Endtermin für die Abführung ist der 15. November; neben den Beiträgen sind die verlangten Berichte der Zentrale einzusenden.

Das Zentralkomitee der U. S. P.

Wahlordnung

Für die Wahl der Delegierten zum Parteitag in Leipzig:

1. Die Zahl der Delegierten wird vom Zentralkomitee auf die Bezirke verteilt.
2. Die Bezirksleitungen verteilen die Delegierten auf die Unterbezirke oder Arbeitsgebiete. Die Leitungen dieser

Organisationsgebiete fordern die Ortsgruppen zu Vorschlägen auf. Die Vorschläge werden zusammengestellt und sind vor der Wahl den Mitgliedschaften durch die Parteipresse bekanntzugeben.

3. Die Wahl erfolgt durch Urwahl. Als gewählt gilt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Wird im ersten Wahlgang keine Mehrheit erreicht, muß eine Stichwahl stattfinden. Wahltermin ist der 10., 11. und 12. Dezember. Die evtl. Stichwahlen finden am 17. und 18. Dezember statt.
4. Die Wahlzeit festzusetzen, wird den Bezirken, Unterbezirken oder Ortsgruppen überlassen und richtet sich nach den Bedürfnissen. Die Wahlleitungen haben die Wahlzeit frühzeitig bekanntzugeben. In den Wahllokalen sind die Vorschlagslisten resp. Stimmzettel bereitzuhalten.

Das Wahlergebnis ist sofort den Unterbezirksleitungen zu melden, von diesen an die Bezirke weiterzugeben. Die Bezirksleitungen teilen dem Zentralkomitee sofort, spätestens bis zum 27. Dezember der Namen und Adressen der gewählten Delegierten mit, worauf die Mandatsformulare den Bezirken zugestellt und von diesen ausgefertigt werden.

Außerordentlicher Beitrag

Das Zentralkomitee beschloß, zur Deckung der Kosten für den Parteitag in Leipzig von jedem Mitglied im Monat Dezember einen Extrabeitrag von 1 Mark zu erheben. Markten als Quittung für diesen geleisteten Beitrag sind von den Kassierern in allen Orten resp. Bezirken zu haben.

Dieser Extrabeitrag verbleibt den Bezirken zur Deckung der Delegationskosten.

Reichsfrankenkongress

am 7. Januar 1922, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus zu Leipzig beginnend.

Tagesordnung:

1. Der Stand unserer Frauenbewegung:
a) Organisation und Presse.
b) Agitation. Referentin: Genossin Luise Bieh.
 2. Jugendwohlfahrt. Referentin: Genossin Mathilde Warm.
 3. Die Tätigkeit der Frauen im Parlament. Referentin: Genossin Anna Kemis.
- Die Bezirke werden dringend ersucht, möglichst zahlreich tätige Genossinnen zur Konferenz zu delegieren.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D.

Der Vorkonvent des Preussischen Landtages beschloß in der Mittwochsitzung, nicht, wie vorgesehen war, bereits am Freitag dieser Woche eine Pause in den Plenarsitzungen einzutreten zu lassen, sondern man will bis zum 22. zusammenbleiben und sich dann bis einschließlich 2. November verlagern. Während der Verlagerung soll der Hauptausschuß sich insbesondere mit der weiteren Vorbereitung des Haushalts befassen. Die Beratung des Kultur Etats im Hauptausschuß soll mit Rücksicht auf den Parteitag der Deutschen Volkspartei erst am 27. Oktober beginnen.

Die Sozialdemokratische Partei hat geglaubt, sich angesichts der Not des Reiches dem fortgeschrittenen Drängen ihrer bürgerlichen Koalitionsgenossen nach Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei nicht verschließen zu können. Aber wir fragen heute die Demokraten und das Zentrum, was denn die Deutsche Volkspartei getan hat, um ihren Wünschen entgegenzukommen? Hat sie eine Haltung eingenommen, die geeignet ist, die ungeheuren Schwierigkeiten der von Zentrum und Demokraten — nicht von uns — ersehnten Koalitionsverbreiterung nach rechts zu erleichtern? Das gerade Gegenteil war der Fall. In der plumpsten Weise hat die Deutsche Volkspartei zu erkennen gegeben, daß sie sich vollkommen als Herrin der Lage fühlt und daß sie glaubt, den anderen Parteien die Bedingungen ihres Eintritts in die Regierung diktiert zu können.

Der „Vorwärts“ nennt als Beweis dafür die Hege Stresemanns gegen Wirth, sowie die Auslassungen Mittelmanns und der „National. Korresp.“ und zieht daraus folgende Schlüsse:

„Während also das Zentrum fragt, ob die Unabhängigen bereit wären, auch die Deutsche Volkspartei in die Koalition mit aufzunehmen, erklärt die Volkspartei, daß sie nicht daran denke, sich an einer gemeinsamen Regierung mit den Unabhängigen zu beteiligen. Damit distanzieren sie nicht nur den Unabhängigen die nun selbstverständlich gewordene Antwort an das Zentrum, sondern sie brüskieren auch offensichtlich und absichtlich die Sozialdemokratische Partei. Wir fragen das Zentrum und die Demokraten, ob nach ihrer Ansicht der von der Volkspartei angebotene Ton derjenige ist, den man anschlägt, wenn man die Absicht hat, bestimmte Verhandlungen zum Ziele zu führen.“

Das ungeheure Selbstbewußtsein der Deutschen Volkspartei — um einen milden Ausdruck zu wählen — erklärt sich daraus, daß sie mit Recht oder Unrecht das Zentrum und die Demokraten vollständig in der Tasche zu haben glaubt. Sie spricht genau so, als ob Zentrum und Demokraten ihre Bundesgenossen gegen die Sozialdemokraten wären, so daß man fast glauben könnte, diese Parteien hätten einen geheimen Rückversicherungsantrag mit ihr abgeschlossen. Sie verläßt sich vollkommen darauf, daß Zentrum und Demokraten, die im Reich mit den Sozialdemokraten zusammengingehen, weil sie sie brauchen, in Preußen ihre Ausprägungspolitik gegenüber den Sozialdemokraten so lange fortführen werden, bis diese bereit sein würden, alle gemühten Zugeständnisse zu machen.

Wir wissen nicht, inwieweit die Deutsche Volkspartei Zentrum und Demokraten richtig beurteilt; wir können nur sagen, daß sie sich in der Sozialdemokratie täuscht. Die Sozialdemokratie hat sich bereit erklärt, zu verhandeln; sie hat nie verhehelt, daß ihr dieser Entschluß außerordentlich schwer gefallen ist und daß sie nur mit starken Bedenken an diese Verhandlungen herantreten ist. Es wäre illoyal, wenn von irgendeiner Seite bestritten würde, daß das bisherige Verhalten der Deutschen Volkspartei geeignet war, diese Bedenken nicht nur nicht zu zerstreuen, sondern sie vielmehr auf das Äußerste zu verschärfen.

Deutschlands innere Politik ist damit in eine Sackgasse geraten, aus der ein Ausweg gefunden werden muß. Daß die Parteien der Wirth-Koalition im Reich unter den schwierigsten Verhältnissen gemeinsame Arbeit leisten, während sie in Preußen miteinander offen um die Macht kämpfen, das ist ein Zustand, der kaum noch länger ertragen werden kann.

Auch wir meinen, daß Zentrum und Demokraten mit der Volkspartei bereits in ziemlichem Eidermann sind und alles daran setzen, die Sozialdemokraten zu isolieren; insbesondere gilt dies in Preußen für die preußische Landtagsfraktion. Die Beunruhigung, die der „Vorwärts“ erkennen läßt, ist deshalb sehr gerechtfertigt. Der letzte Grund für diese Beunruhigung ist aber darin zu suchen, daß die Rechtssozialisten sich bereit erklärt hatten, sich überhaupt mit der Deutschen Volkspartei einzulassen.

Es trifft sich gut, daß im „8 Uhr-Abendblatt“ gerade jetzt Herr Kahl das Wort nimmt. Kahl gehört dem linken Flügel der Deutschen Volkspartei an; gerade auf diesen haben manche Rechtssozialisten ihre Hoffnung gesetzt. Herr Kahl aber erklärt:

„Die Sozialdemokratie weiß genau, daß auch die sogenannten Mindestforderungen der U. S. P. D. für alle bürgerlichen Parteien unannehmbar sind. Wird also von ihr diese Linie weiterverfolgt, so ist die Koalition bis zu besserer Einsicht gescheitert. Und zwar durch ihre alleinige Schuld.“

Dann beschuldigt Kahl die Rechtssozialisten, sie wollten nur Zeit gewinnen, um in Preußen wieder in die Regierung zu gelangen.

Die Spanen weisen es von den Dächern, daß die Absicht in erster Linie auf Regierungsmacht in Preußen gerichtet ist, um im Hauptstaate, dessen Schwerpunkt von selbst die mittleren und kleineren Länder nach sich ziehen werde, das Innere und die Justiz nach sozialistischen Idealen zu reformieren. Für den Fall, daß dies gelingen sollte, hätte man an der Koalition im Reich nur sekundäres, jedenfalls nur ausführendes Interesse. Man braucht nicht einer sozialdemokratischen Parteistellung beigewohnt zu haben, um von allen diesen Berechnungen unterrichtet zu sein. Aber sie sind ja schon vor allem die Spekulation auf die Trennung der Dinge in Preußen und im Reich. Zug um Zug oder überhaupt nicht. Für das Überhaupt nicht trägt die Sozialdemokratie die Verantwortung, wenn sie bei ihrer Unentschlossenheit und Verschleppungstaktik verharrt. Daß ihre Lage schwierig ist, wird niemand verkennen. Aber in Görlich schieben es, als ob man sich die Geistesherlichkeit über eigenmächtige oder unkluge Gefühlsorganismen jützaue. Deren hemmender Einfluß war jedoch offenbar stärker, als man erwartet hätte. Sonst hätte die Bremse gegen den Koalitions-gedanken nicht so erstaunlich schnell und nicht so hart funktioniert.“

Aber es kommt noch viel besser. Herr Kahl ist nicht nur gegen jede Reform der Justiz und Verwaltung, er verwirft nicht nur jedes Vorgehen gegen die monarchistische Reaktion, er erneuert die Kampfansage gegen Wirth in schärfster Form. Und das wegen der letzten Reichstagsrede Wirths, in der dieser sich gegen die — Deutschnationalen gewandt hatte. Kahl schreibt:

„Seit der Kaiserrede vom 30. September aber ist in Verbindung mit früheren Vorgängen Person und Programm kaum mehr zu trennen und zu unterscheiden. Der programmatische Inhalt der Rede war das glatte Bekenntnis zur ausschließlichen Schutzhilfsfähigkeit des Protektariats. Ich weiß, daß die Reichsregierung es so nicht meint und nicht will. Die Rede, die der Reichsminister des Innern (!) am folgenden Tage gehalten hat, ließ es deutlich erkennen. Diese Rede hätte der Kanzler halten sollen. Was er selbst gesagt oder vielmehr zu sagen unterlassen hat, ließ im gegebenen Zeitpunkt jedes Augenmaß für die politische Notwendigkeiten vermissen. Man hat den linksorientierten Parteimann, aber nicht die Stimme der ausgleichenden Gerechtigkeit gehört. Die Rede hat in den meisten bürgerlichen Kreisen, die hinter uns stehen, das Vertrauen in die Möglichkeit, vollends Haltbarkeit einer Koalition unter der Firma Wirth auf das tiefste erschüttert. Die Regierung dazu war ohnehin nicht groß. Der Kanzler kann nicht einwenden, es habe sich lediglich um eine scharfe Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen gehandelt. Von den politischen Methoden der Deutschnationalen Partei weiß ich mich bestimmt unterscheiden. Nicht erst seit dem Münchener Parteitag. Hier aber handelt es sich um anderes und allernächstes. Gegen Kahl kein Wort der Beschwerde oder Anklage. Alle Reserven sind nur nach der einen Seite. Wir fühlen uns davon nicht getroffen. Aber die Einseitigkeit als solche verzieht uns nicht empört. Sie zerstört jedes Vertrauen in die Unbefangenheit des leitenden Staatsmannes. Dieses aber ist die Grund-

voraussetzung der Koalition. . . Ich bin der Ansicht, daß das gemeinsame und seine Verdichten an Erbacher politisch nunmehr genügend ausgemünzt (!) ist. Ebenso die Gefahr, von der angeblich noch immer die Republik bedroht sein soll. . . Zu welchen unflätigen innerpolitischen Folgerungen sie führen muß, zeigt der Gelehtwurf der U. S. P. D. zum Schutze der Republik. Ebenso gut konnte er sich Gelehtwurf zur Verleumdung der bürgerlichen Freiheit überschreiben. Jeder politische Lehrling erkennt von welcher Seite die größeren Gefahren für die innere Ruhe, Sicherheit und Ordnung und damit im letzten Grunde auch für den Bestand der Republik drohen.“

Wir denken, das ist bezeichnend. Kampf gegen links, Solidarität mit den Deutschnationalen, das ist die Parole dieses Führers der Deutschen Volkspartei, ihres linken Flügels. Und weiß Wirth diese Politik nicht macht, deshalb ist er der Feind, der gefällt werden muß, ist er das Hindernis für die Regierung, wie die Deutsche Volkspartei sie gestalten will.

Hier hat der „Vorwärts“ die Antwort auf seine Frage nach der „Umwandlung“ dieser Partei. Sie ist enthüllt als die Wegbereiterin der Deutschnationalen und die Schritt-macherin der monarchistischen Reaktion. Ob sie die geeignete Koalitionsgenossin für eine Arbeiterpartei ist, das müssen jetzt die Rechtssozialisten entscheiden!

Zur Regierungsbildung in Preußen

Wie die B. V. N. hören, stellt die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages folgende Forderungen für das Regierungsprogramm einer Koalitionsregierung:

1. Anerkennung und Verteidigung der Republik.
2. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Staat und Gemeinde.
3. Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Polizei.
4. Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung.
5. Forderung einer grundlegenden Justizreform.
6. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes.
7. Schärfste Heranziehung des Budgets zum Ausgleich des Staatshaushaltes.

Außerdem sollen, wie die B. V. N. hören, Demokraten und Zentrum die Frage der Hohenzollernabfindung und ihre endgültige Regelung zur Sprache bringen wollen bei den gemeinsamen Besprechungen über das neue Regierungsprogramm.

Zentrum und Volkspartei in Bayern

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 3. Oktober.

Die in den nordbayerischen Organisationen der Deutschen Volkspartei sich ausbreitende oppositionelle Bewegung gegen die separatistische Politik Kahrs, die die Wiederherstellung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum, mit dem Ziel einer fraktions-gemeinschaft erstrebt, wird vom „Bayerischen Courier“ als sehr ernst betrachtet. Das Blatt fürchtet eine ernste Parteikrise, deren Lösung auf dem nächsten Landesparteitag gefunden werden müsse. Wie stark der Gegensatz zum Zentrum aber in den führenden südbayerischen Kreisen der bayerischen Volkspartei, insbesondere hinsichtlich der separatistischen Politik ist, zeigt folgende Auslassung der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz:

„Die Bayerische Volkspartei erhofft mit wachsender Dringlichkeit eine Revision der Weimarer Verfassung in separatistischem Sinne. Gerade jetzt spricht der Führer der Zentrumspartei in des Reichstages davon, daß die Weimarer Verfassung in absehbarer Zeit nicht geändert werden soll. Damit ist gesagt, daß im Kampf um die separatistische Staatsidee das Zentrum aller Voraussicht nach auf Seiten anderer Gegner stehen wird. Die von anderer Seite gegen die Bayerische Volkspartei erhobenen Vorwürfe, daß sie zugunsten einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum Programmänderungen vorgenommen habe, werden als unbegründet zurückgewiesen. In der Bayerischen Volkspartei und bei ihren maßgebenden Instanzen sind keine Wandlungen in der Gesinnung zu erwarten, da es sich um Hauptpunkte des Programms handelt, und ein solcher ist das Bekenntnis zur separatistischen Staatsauffassung.“

Der Kreisauschuß der Bayerischen Volkspartei der Oberpfalz hat einen Antrag zum Landesparteitag angenommen, der u. a. fordert, daß die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei alle Schritte tun solle, um möglichst eine Arbeitsgemeinschaft und Verbindung mit Abgeordneten im Reichstag, die auf Grund eines landmännlichen, christlichen föderalistischen Programms gewählt sind, herbeizuführen.

Der neue Kurs in Bayern

In der Nacht vom 1. zum 2. Oktober ist es in Augsburg zu blutigen Schlägereien zwischen Zivilisten und Reichswehrsoldaten gekommen, in deren Verlauf ein Soldat durch Messerstiche tödlich zugerichtet worden ist. Obgleich noch nichts näheres bekannt geworden ist und obgleich die Zusammenstöße zu verschiedener Zeit an drei verschiedenen Stellen stattgefunden haben, heißt sich der Standortleiter von Augsburg den Verdacht aussprechen, daß die Zusammenstöße planmäßig vorbereitet seien, um gegen die Reichswehr vorzugehen. Tatsächlich hat man auch einige Zivilisten verhaftet, während die beteiligten Soldaten anscheinend unbehelligt bleiben sollen.

Auch eine andere Tatsache läßt die neue Welle in Bayern in eigenartigem Licht erscheinen. Der bayerische Freikorpsführer und Schlächter der Münchener Kommuns, Oberst von Esp, einer der übelsten Kahrkisten und Wegbereiter der Mittelschichten Restauration ist für seine Verdienste zum General befördert. — Wo bleibt der neue Kurs, Herr Graf Lerchenfeld?

Das Uniformverbot

Was wirklich not tut

Reichskanzler Dr. Wirth hat zu dem am 30. August erlassenen Verbot des Tragens von Uniformen folgende Ausführungsbestimmungen erlassen:

„Die zum Tragen der Militäruniform berechtigten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Macht dürfen dieses Recht in folgenden Fällen ausüben: a) bei Kriegsjahren an den hollen kirchlichen und gesetzlichen Feiertagen, b) bei wichtigen Familienfeiern, c) bei Besuchen von Kameraden, d) bei der Teilnahme an Festlichkeiten und kameradschaftlichen Zusammenkünften der Reichswehrangehörigen, e) bei solchen feierlichen Veranstaltungen unpolitischer Vereine, hinsichtlich deren der zuständige Wehrkreiskommandeur (Militärkommissar) die Teilnahme von Reichswehrangehörigen ausdrücklich genehmigt hat. — Die Uniform muß mit den für ehemalige Heeres- und Marineangehörige vorgeschriebenen Abzeichen versehen sein. Verbieten ist das Tragen von Wändern, Umhängen, Vereinsjacken und dergleichen, deren Tragen zur Militäruniform nicht ausdrücklich genehmigt ist. Befreiungsbestimmungen, die für in Dienst der Friedenskommission stehende inaktive Offiziere gegeben sind, werden hierdurch nicht berührt. Das bisherige Recht der

Generalfeldmarschälle zum Tragen der Uniform bleibt unberührt.“

Die Militaristen haben sich allerlei Vergünstigungen abgetrotzt. Schließlich braucht man sich über diese an sich belanglose Angelegenheit nicht sonderlich zu erregen. Die monarchistische Bewegung wird durch derartige Schamittelchen nicht bekämpft. In der Reichswehr, bei der Supo sind die stärksten Stützen der Koalition zu suchen. Dort muß aufgeräumt werden, wenn sich die Republik vor Angriffen sichern will.

Landstnecht Ludendorff

Der „große“ Feldherr Ludendorff bestet unermüdet hief der Entente um einen neuen Krieg. Mehrfach mit Hohn und Spott zurückgewiesen, hört er doch nicht auf, sich den „Erbsfeinden“ als Leiter einer neuen militärischen Intervention in Rußland anzubieten. Seine neueste Offerte ist durch den Berliner Vertreter des „New York Herald“ an Frankreich, England und Amerika gerichtet. Diese Staaten sollen gemeinsam mit Deutschland eine Expedition unternehmen, um Rußland zu erobern. Die deutsche Armee könne zwar in ihrem gegenwärtigen Zustande nichts erreichen, aber wenn Deutschland gemeinsam mit England und Frankreich eine Expedition nach Rußland unternehmen sollte, würden zahlreiche Offiziere und Soldaten sich freiwillig melden, um an diesem Unternehmen teilzunehmen. Auch die deutschen Arbeiter würden keinen Widerstand leisten, da ein solches Unternehmen Rußland zur Freiheit verweisen würde.

Der Grundgedanke dieser neuen Offerte des arbeitslosen Generals ist derselbe wie in seinen früheren Vorschlägen: Verständigung mit der Entente auf Kosten Rußlands, mit dem Hintergedanken, sich nicht nur in Rußland „gesund zu machen“, sondern auch den deutschen Militarismus wieder auf die Beine zu bringen, um dann einen Revanchekrieg gegen die Entente unternehmen zu können. Der Gedanke ist zu plump, als daß nicht auch der Gegenseite der eigentliche Zweck des ganzen Unternehmens klar werden sollte. Die Antwort, die General Ludendorff vor kurzem auf ähnliche Ausführungen gegenüber dem Korrespondenten des „Matin“ von französischer militärischer Seite erhielt, ließ an Unzweifelhaftigkeit nichts zu wünschen übrig. Was den quadratschädigen General nicht gehindert hat, seinen stumpfsinnigen Vorschlag erneut in die Welt hinauszusenben.

Selbst die getreue Gefolgschaft Ludendorffs in der deutschen nationalen Presse ist ob jener Dummheit ihres Höheren betreten. Die „Deutsche Zeitung“ bezweifelt die Nichtigkeit der Werbung, und die „Deutsche Tageszeitung“ setzt lang und breit auseinander, daß für die Verwirklichung des Ludendorffschen Planes, so verlockend, ja so notwendig manches an ihm sei, noch alle Voraussetzungen fehlen. Diese Zustimmung wollen wir uns merken, aber richtig ist allerdings, daß der Plan Ludendorffs undurchführbar ist, weil er auf die stärksten Widerstände stoßen würde. Die deutsche Arbeiterklasse würde in erster Linie als geschlossenes Ganzes auf der Bildfläche erscheinen, um das neue Balkanabenteuer des Landstnechts Ludendorff zu verhindern.

Ein unerhörtes Urteil

Leipzig, 5. Oktober.

Das Reichsgericht hat heute nachmittag im Röhner Hochverratsprozeß das Urteil verkündet. Wegen verschiedener Straftaten, wie Hochverrat, Beihilfe zum Hochverrat, Freiheitsberaubung, Gefangenenberaubung, Verabredung eines hochverräterischen Unternehmens und Aufforderung zum Hochverrat wurden insgesamt 17 Angeklagte zu Festungsstrafen von einem Jahr und sechs Monaten bis zu sechs Jahren, ein Angeklagter wegen schwerer räuberischer Erzung, Beamtenmißgunst und verletzter Königung zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafen, welche vor den außerordentlichen Gerichten in Dessau seinerzeit verhängt waren, fallen weg und werden auf die jetzt erlassenen Strafen im Verhältnis von acht Monaten Gefängnis gleich einem Jahre Festung angerechnet. Desgleichen wird einem Beurteilten ein Teil der Untersuchungshaft auf die Strafen angerechnet. Fünf weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt: Die unklare Frage, ob die außerordentlichen Gerichte ohne Verletzung der Verfassung eingesetzt worden sind, wird bejaht. Die von jenen Gerichten erkannten Strafen sind daher zu Recht ergangen. Da aber in ihren Verhandlungen der Tatbestand nur unter dem Gesichtspunkte der verbotenen Truppenbildung beurteilt worden ist, so war es nach der bestehenden Rechtsprechung möglich, dieselben Handlungen noch unter dem Gesichtspunkte des Hochverrats abzuurteilen. Doch waren die in Dessau erlassenen Strafen in Anrechnung zu bringen.

Dieses Urteil wirkt wiederum ein großes Schlaglicht auf unsere heutige Rechtspflege. Die Angeklagten hätten im August vorigen Jahres in Röhren den Aufschuß gemacht, bei dem auch Spital die Hände im Spiele hatten. Es war ein ausgemachter Karrenstreich, der schon nach einer halben Stunde an der eigenen Räuberlichkeit zugrunde ging. Keinerlei Schäden wurde angerichtet. Die Angeklagten waren bereits vor einigen Monaten von einem Sondergericht abgeurteilt worden. Dem Reichsgericht genügte dieses Urteil nicht. Es erhob Anklage wegen „Hochverrats“ und machte aus dem räuberischen Kinderspiel eine Haupt- und Staatsaktion. Die Rappisten, die einen Schaden angeklagt haben, der in die Milliarden geht, durch deren Aufschuß Hunderte von Personen getötet oder verwundet wurden, werden vom Reichsgericht nicht bestraft. Ebenso trifft dieses Gericht keine Anklagen, den monarchistischen Verschwörern und Hochverrättern zuleide zu gehen. Es zeigt auch dieses Urteil wieder, daß die heutige Justiz es nur versteht, schonungslos gegen die Arbeiter vorzugehen. Monarchisten können jedes Verbrechen verüben. Sie fühlen sich unter dem Schutze dieser Justiz wohlgeborgen.

Polizeipräsident Lübbering bleibt. Die Nachricht, daß der preussische Minister des Innern den Königsberger Polizeipräsidenten Lübbering zur Disposition gestellt habe, weil er bei einer Kundgebung am 31. August in einer Rede seine Befugnisse überschritten habe, soll nicht den Tatsachen entsprechen. — Dieses Dementi klingt recht unbestimmt. Wir wünschen über den Fall nähere Aufklärung.

Das deutsche Kote Kreuz hat sich den Spaniern für den Feldzug in Marokko zur Verfügung gestellt, was von diesen nach einer offiziellen Meldung dankbar begrüßt worden ist. Es wäre wünschenswert, daß die gegenläufige Hilfe der Nationen im Frieden ebenso wirksam wäre, wie im Kriege.

Ein neuer Krieg. Aus Belgrad wird berichtet, daß die Lage an der albanischen Grenze höchst kritisch sei, und daß ein bewaffnetes Konflikt zwischen Jugoslawien und Albanien bevorstehe. Es werden bereits die albanischen Kriegsmachtigen veröffentlicht, und die jugoslawische Regierung behauptet, daß albanische Banden in ihr Gebiet eingedrungen, also die Albaner die Angreifer seien.

Das Währungsproblem

Eine Rede des englischen Premierministers

Lloyd George hat im Rathause von Inverness eine Rede gehalten, in der er sich mit den Vorbereitungen für die Washingtoner Abrüstungskonferenz, mit der irischen Konferenz und mit dem Arbeitslosenproblem befaßt. Er führte aus, daß unter der Arbeitslosigkeit die ganze Welt leide, und es sei bemerkenswert, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien, deren Kredite am höchsten ständen, am ernstesten in Mitleidenschaft gezogen seien. Diese Verhältnisse hätten den Handel gelähmt, und sie spiegelten sich in den Walutaschwankungen der verschiedenen Länder wider. Es lohnte sich, die Wechselkurslisten Europas Tag für Tag zu betrachten, dann würde man einsehen, wie schwer es sei, Geschäfte zu treiben. In Paris, wo das Pfund Sterling vor dem Kriege 25 Franken wert gewesen sei, stehe es heute auf 52 Franken, in Rom am 23. September auf 90 und am 30. September auf 94. In einer einzigen Woche also ein Unterschied von vier Punkten. Man nehme Berlin. Vor dem Kriege war das Pfund Sterling 20 Mark wert, vor einem Jahre konnte man für das Pfund Sterling 212 Reichsmark und vor einer Woche 437 Reichsmark kaufen. Vor einem Jahre stand das Pfund auf 900 polnische Mark, vorigen Sonnabend auf 2.000, gestern auf 29 bis 21.000. Die Baluta schwankte danach zwischen 22 und 20.000 polnische Mark im Verlauf einer einzigen Woche und schwankte an einem Tage um tausend. Man nehme Wien, wo man früher 24 Kronen für das Pfund Sterling zahlte. Vor einem Jahre stand das Pfund auf 800, vor einer Woche zwischen 5100 und 5500, d. h. ein Unterschied von 400 Kronen an einem einzigen Tage. Wenn man in jenen Ländern kauft und verkauft, dann müßte man Kontrakte abschließen für Wochen, Monate und manchmal Jahre. Wie könne man da die Preise berechnen, sei es als Käufer oder als Verkäufer, wenn die Schwankungen innerhalb eines einzigen Tages so riesenhaft seien? Es sei genau so, als wenn man bei bewegter See auf einem Ozeandampfer Billard spielen wolle. Man wisse nicht, wohin die Billardkugel treffe, man wisse nicht einmal, ob die Kugel sich nicht überhaupt vom Tisch herunterbewege, was am allerwahrscheinlichsten sei. In Rußland ständen die Dinge besonders schlimm. Das russische Papiergeld werde an keiner irdischen Börse mehr notiert.

Nachdem der englische Premierminister so die Währungsverhältnisse dargestellt hatte, hätte man erwarten können, daß er zeigen würde, wie von seinem Standpunkt aus, nämlich dem Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus, diese Frage gelöst werden könne. Hierüber hat man von ihm aber nicht viel gehört. Lloyd George meinte, daß die Währungsverhältnisse von der Finanzpolitik und der auswärtigen Politik aller Nationen der Welt abhängen, und nicht allein von einer Nation. Die Verhältnisse würden erst stabilisiert werden, wenn die Nationen in Eintracht zusammenwirkten mit ihren Nachbarnationen, was die einzige feste Grundlage für ihre nationale Wohlfahrt bilde. Die Nationen begännen, dies zu erkennen. Die Aufwiegler unter den Nationen sänden nicht mehr in dem gleichen Maße Gehör wie vor einem Jahre. Die Verhältnisse würden sich auch bessern, wenn die Nationen einsehen, daß sie durch fortwährende Papiergeldausgabe ihren Nationalreichtum nicht vermehren. Die einzige wahre Verbindung für Stetigkeit im Handel sei die Stabilisierung der Währungen. Eine Stabilisierung könne jedoch nicht eintreten, bevor sowohl die auswärtige Politik als auch die Innenpolitik stabilisiert waren. Die Lage, die gebessert werden müsse, sei anormal und rechtfertige daher anormale Maßnahmen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erklärte Lloyd George, alle Versuche würden dem gesamten Kabinett in London unterbreitet, und die Pläne würden sodann dem Unterhause vorgelegt werden. Es müsse für ein dauerndes Heilmittel der anormalen und ungesunden Verhältnisse im Handel und in der Industrie gesucht werden. Das unmittelbare Problem sei vorläufig dafür zu sorgen, daß der Not entgegengetreten werde, bis die Welt wieder zu normalen Verhältnissen zurückgekehrt sei. Zum Schlusse seiner Rede sprach Lloyd George für eine erhöhte Produktion, für strengere Sparsamkeit und für ein Zusammenarbeiten aller Klassen im Staate.

Man wird Lloyd George nur zustimmen können, wenn er die Lösung der Weltwirtschaftskrise von der Zusammenarbeit aller Nationen ermarzt. Aber was die Regierungen der kapitalistischen Länder bisher getan haben, das hat zur Ausgleichung der Gegensätze wenig beigetragen, und insbesondere im Verhältnis der Siegerstaaten zu den unterlegenen Ländern zeigt sich noch allzu sehr jener scharfe Geist, der von der bis aufs Äußerste gesteigerten Befürchtung der Besiegten für sich selbst Vorteile erhofft. Gerade die Entwicklung des Währungsproblems, die das Wirtschaftsleben aller Länder, auch der am kürzesten funktierten, in Mitleidenschaft zieht, zeigt deutlich, wie falsch die Rechnung ist, wonach man von der Anfertigung eines Gewaltfriedens die Wiedergewinnung der Welt erwarten könne. Die Ausführungen Lloyd Georges erinnern noch gar zu sehr an das Wort, wonach die Armut von der Boverie herrühre. Es darf eben nicht allein bei persönlichen Worten bleiben, sondern die gemeinschaftliche Arbeit aller Nationen muß sich schon darin zeigen, daß die Beseitigung der Kriegsfolgen zu einer gemeinsamen Angelegenheit aller Kulturvölker gemacht wird.

Im Übrigen hat die Rede Lloyd Georges, soweit sie sich mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit befaßt, in einigen kapitalistischen Blättern Londons heftigen Widerspruch erregt. Dort wird verlangt, daß durch die Verminderung der Produktionskosten, also durch die Herabdrückung der Löhne auf das Niveau der asiatischen Länder, die Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie auf dem Weltmarkt wiederhergestellt werde. Die kapitalistische Sprache ist eben überall dieselbe, ob sie sich nun englisch, deutsch oder französisch ausdrückt; wenn es sich um die Verteilung der Lasten handelt, so sollen immer zuerst die arbeitenden Klassen herangezogen werden. Demgegenüber müßte auch das Proletariat der ganzen Welt in einer Sprache antworten: Der Kapitalismus erweist sich als unfähig zur Wiederherstellung einer geregelten Wirtschaft, also her mit dem Sozialismus!

Hirschfeld und Toller

In der Presse wurde in den letzten Tagen die Mitteilung gemacht, Otmig von Hirschfeld sei abermals aus dem Gefängnis in eine Sommerfrische beurlaubt worden. Diese Nachricht wird dementiert. Der Norddeutsche werde weiter in Haft behalten, um den Rest seiner Strafe abzuhängen. Aber es habe sich bei ihm eine „Sasipipho“ herausgestellt, so daß er in ein Krankenhaus zu Offenburg überführt werden mußte. Dort befindet er sich noch.

Otmig von Hirschfeld leidet also unter einer „Sasipipho“. Er ist nun altstädtigem Geschlecht und empfindlichem Gebieth. Er muß also mit Vorsicht und Sorgfalt behandelt werden. Sein Leben ist kostbar und der Verlust wäre nicht auszubedenken, wenn es unter der Strengung der Haft zugrunde gehen sollte.

Ernst Toller dagegen ist ein robuster Geselle. Er sitzt in einer Strafhaft, die durch die Strengung, mit der sie vollstreckt wird, in

Ein deutschnationales Räuberneft in Schlesien

Dominicus verantwortlich!

Am 5. Mai 1921 hat der Reichspräsident Ebert eine Verordnung erlassen, durch die der Zugang von Selbstschutzeinheiten nach Oberschlesien untersagt wurde. Schwere Strafen waren angedroht. Um die Verordnung hat sich niemand gekümmert. Die Verbände nahmen ungehindert ihren Fortgang. Keine Polizeibehörde griff ein. Für die Fahrt nach Schlesien wurden Freifahrtscheine ausgestellt. Die Eisenbahnverwaltung erklärte sie nicht für ungültig. Die namentlich genannten Führer und Arbeiter des schlesischen Selbstschutzes waren in den ganzen deutschen Reichsbereich bekannt. Keinem Staatsanwalt fiel es ein, gegen die Bandenführer Anklage zu erheben. So konnten bis heute die aus allen Teilen Deutschlands in Schlesien zusammengewogenen Landesknechte ein beschauliches Dasein fristen. Vergeblich verhalten die Hilfskräfte der schlesischen Bevölkerung, vergebens war der Nachweis, daß die verübten Verbrechen unter der Leitung einer Verschwörerorganisation stehen, die den monarchistischen Amtsträgern in Verbindung mit der bayerischen Reaktion und anderen Zentralstellen der Gegenrevolution — Ostpreußen und Pommern — durchzuführen will. So hat sich in Schlesien ein Gefahrenherd gebildet, der eines Tages das ganze Reich in Flammen fressen kann. Nach der „Sozialistischen Korrespondenz“ befinden sich heute noch in Schlesien folgende militärische Verschwörergemeinschaften:

Arbeitsgemeinschaft Kojbasch, in Schlesien etwa 800 Mann stark.
Arbeitsgemeinschaft Kallau, in Schlesien etwa 300 Mann stark.
Arbeitsgemeinschaft des Oberleitnants Paulus mit dem Hauptstam in der Försterei Grob-Dier.

Arbeitsgemeinschaft Bergerhof, so genannt nach ihrem Befehlshaber, einem ehemaligen Schupo-Offizier; etwa 400 Mann stark.

Arbeitsgemeinschaft Heinz. Eine ausgeproben rechtsbolschewistische Organisation, deren Führer sich Heinz nennt, aber in Wahrheit der Hahnrich zur See Hauenschein ist.

Daneben bestehen noch die Arbeitsgemeinschaften **Windheim**, von Heddobrod, **Käbezahl**. Die letztere sieht unter der Führung des Obersten A. D. von Reiblich. Sie hat ihren Sitz in Schreiberhau und hat leithin den Feldwebel Henneke nach Potsdam geschickt, der sich dort als Leutnant Hütte ausgab und behauptete, der Körper Erzkörpers zu sein. Die Polizei sollte dadurch auf die falsche Spur gelenkt werden. Auch das Freikorps Oberland befindet sich noch in Schlesien.

Die Verschwörer verfügen über riesige Geldmittel, deren Herkunft geheimgehalten wird. Die Leute sind aber gewohnt, auf großem Fuße zu leben — Offiziere und Kuriers fahren grundstäh-

eine Gefängnisstrafe umgewandelt worden ist. Er bringt es trotz dem fertig, Dramen zu schreiben. Er hat also ansehend gar keine „Sasipipho“. Dafür ist er lungenleidend — aber das ist eine Erscheinung, an die Proletariat und ähnliche Minderwertige, die nicht zur Ehre der Nation gehören, gewöhnt sind. Das macht also nichts. Man hat es deswegen auch nicht nötig, ihm zur Aufführung seiner Dramen zu verurteilen. Als er den Versuch machte, einen Urlaub zu erlangen, um an der Aufführung seines Werkes „Rasse Mensch“ in der Berliner Volksbühne teilnehmen zu können, wurde ihm erklärt, daß zur Beurteilung kein ausreichender Grund vorliegt. Er ist eben nicht von altstädtigem Geschlecht und hat keinen Verdorversuch auf dem Gewissen. Er ist nur ein Künstler. Der Welttitel und der Nordostsch gelten eben als der anreizende Grund für eine Beurteilung.

Daraus zu folgern ist, daß es in Deutschland eine Justiz gibt, die ihre Aufgabe darin sieht, Verbrecher zu weiteren Verbrechen zu ermuntern und ihren kostbaren Leib zu schonen, damit ihre fernere Laufbahn nicht durch Gesundheitsschädigungen gestört werde.

Die Deutschnationalen für den Wucher

Ein Erlaß des preussischen Ministers des Innern hat nämlich darauf aufmerksam gemacht, daß Erzeuger und Händler die Konjunktur zu wucherischen Preissteigerungen benutzen. Diese Feststellung ist den Deutschnationalen sehr unangenehm. Sie haben deshalb im Preussischen Landtag folgende kleine Anfrage gestellt:

Der Erlaß des Herrn Ministers des Innern über Teuerung und Preisbildung hat wegen der darin enthaltenen Berufsgemeinerungen von vorgekommenen Verstößen weite Kreise des realen deutschen Kaufmannstandes und Gewerbes heftig beunruhigt. Die Kreise erwarten von der Regierung Aufklärung und zutreffende Darstellung des Tatsachenbestandes und seiner Ursachen unter Mitwirkung dazu berufener Sachverständiger und des Ministeriums für Handel und Gewerbe. Der Zweck dieser Anfrage ist natürlich nichts anderes, als dem Minister deutlich zu machen, daß, wenn er gegen den deutsch-

Öffentliche Wähler - Versammlungen

Donnerstag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr
Spandau: Blüchtersäle, Friedrichstraße 52. Ref. Gen. Dr. Breitscheld.
Lerna: Parteibeschluß der D.D. u. Regierungsbildung.
Charlottenburg: Schulaula Neues Wer.
Reinickendorf-Rosenthal: (Vergangen - Werke) Schützenhaus, Refikenzstraße, Ecke Hauptstraße.

Frauen - Wähler - Versammlungen
Niederschönhausen: Aula d. Gymnasiums Kaiser-Wilhelm-Str. 60-70
Keskötin: Aula Kaiser-Friedrich-Str. 208-210.
Charlottenburg: Kaiser-Friedrich-Jelt, Berliner Straße 88.
Rosenthal: bei Schneider, Hauptstraße.
Hermsdorf: Forsthaus, Ecke Schlaßstraße.
Schulaula Pappellaake 40-41.

Mittenwalder Straße 37.
bei Köhler, Tiedestraße 24.
Nichtersfelde: bei Bolling Nachf., Berliner Str., Ecke Osborfer Str.
Referenten sind die Genossen Dr. Berg, Rosin, Glajus und die Genossinnen Runert, Lungwig, Ella Seger, Math. Burm, Oventrop, Weyl, Demming, Sinneser.

Freitag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr
Schulaula Bittauer Straße.
Moabiter Gesellschaftshaus, Bielefeldstraße 24.
Nationalhof, Villowstraße.
Viehhoferdie, Obernarrstraße.
Schulaula Friedenstraße 16.
Reichenbergers, Ecke Forster Straße.
Köpenicker Straße 2.
Gewerkschaftshaus, Angelufer.

Frauen - Wähler - Versammlungen
Schulaula Streißer Straße 42.
Cespand: Stadtküche, Friedrichstraße 5.
Referenten sind die Genossen Publy, Dettmer, La. Weyl, Lesäke, Rosemann, Zubeil, Reimann und die Genossinnen Clara Weyl und Ella Seger.

nur zweiter Klasse. Das kostet viel Geld, ebenso verschlingen die Selbstschutze große Summen, und so hat man sich denn, da einwilligen Mangel an Arbeit vorhanden ist, aufs Rauben und Plündern verlegt. Bandenweise ziehen die Landesknechte aufs Land, um zu rauben, zu stehlen und zu plündern. Sehr eifrig wird der Pferdehieb betrieben, an dem sich mit Vorliebe auch Offiziere beteiligen. Daneben wird staatliches Material verhoeben.

Auch eine Anzahl Norddeutschen sind in diese Banden zur Last. Ihre Sargungen bestimmen, daß Verräter und Wortbrüchige der Keme verfallen. So wurden vor einigen Wochen bei Dels vier Studenten ermordet, die von der Arbeitgemeinschaft Hohbach entlassen waren. Man befürchtete, sie würden nach Berlin gehen und die Organisation ausdecken. Die Ermordung haben besonders Kommandos (Wartkommandos) auszuführen. Verschiedentlich sind von diesen Kommandos auch Leute, die man für gefährlich hielt, verschleppt worden. So wurde aus dem besetzten Oberschlesien der englische Oberleutnant Stripsy überfallen und zur Erpressung eines Lösegeldes nach Mittelschlesien entführt. Die außenpolitischen Folgen eines solchen Verbrechens berühren die Landesknechte nicht. Sie wünschen Verwicklungen mit dem Auslande, weil sie aus solchen Konflikten Nutzen für die monarchistische Verschwörung zu ziehen hoffen. Auch aus Breslau sind wiederholt Leute verschleppt worden. Man hat, der sich für den Selbstschutze gemeldet hatte, dann aber wegen der reaktionären Tendenzen nicht mehr mitmachen wollte, wurde heimlich um die Ecke gebracht. In den Zeitungen stand dann: „Fürs Vaterland gefallen.“

Wer ist für dieses blutige Joch verantwortlich? In erster Linie der preussische Minister des Innern, Herr Dominicus. Er hat im preussischen Landtag dem „Selbstschutze“ ein hohes Loblied gesungen und seine Sympathie für die Landesknechte hindert ihn auch daran, dem Räuber- und Bandenwesen in Schlesien energisch zu Leibe zu gehen. Soll der Augiasstall in Schlesien ausgeräumt werden, dann muß als erste Voraussetzung der Minister Dominicus fallen. Darüber hinaus ist die deutschnationale Volkspartei für das schlesische Räuber- und Bandenwesen verantwortlich zu machen. Die Landesknechte begehren ihre Raubzüge und Mordtaten unter Schwarz-weißerrote rücker Klage — der deutschnationalen „Reinigung“. Die Deutschnationalen haben sich in den Parlamenten der Auflösung jener Banden mit allen Mitteln widersetzt, ihre Parteimitglieder gewähren ihnen auf den Gütern Unterstützung, die deutschnationale Presse nimmt die Banden noch heute in Schutz und erleichtert ihnen damit das verbrecherische Spiel.

nationalen Wucher und die Schiebung irgend etwas Ernsthaftes unternimmt, er sich dem wütenden Haß dieser Kreise aussetzt. Wie wir Herrn Dominicus kennen, wird diese seine Mahnung wohl Erfolg haben, so daß nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch die übrigen bürgerlichen Parteien sich mit dem unerhörten Wucher abfinden werden, der Millionen Menschen schwer benachteiligt.

Die 3. internationale Arbeitskonferenz

Genf, 5. Oktober.
Zu der am 25. Oktober hier zusammentretenden dritten internationalen Arbeitskonferenz wurden 52 Staaten, die Mitglieder der internationalen Arbeitsorganisation sind, eingeladen, darunter auch Deutschland. Nach Artikel 390 des Verfallener Vertrages, darf jeder eingeladene Staat vier Vertreter entsenden, nämlich zwei Regierungsvertreter und je einen Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer, die von irdischen Berichten begleitet sein können. Die deutsche Delegation soll 40 Mitglieder zählen. Zu grundsätzlichen wichtigen Auseinandersetzungen dürfte die Frage der Arbeitszeit in den landwirtschaftlichen Betrieben führen. Die französische Regierung hatte auf Grund des Artikels 402 des Verfallener Vertrages dagegen protestiert, daß diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt würde. Da das Problem aber andere Länder interessiert, soll sie auf der Tagesordnung gelassen werden.

Ein Eingeständnis der „Roten Fahne“

Wer sich der mühen Anpöbeleien erinnert, mit denen die „Rote Fahne“ und nach ihr alle kommunistischen Schreibhülfe unseren Genossen Dittmann bedachten, weil er nach seiner Rückkehr von Sowjet-Rußland die dortigen Verhältnisse wahrheitsgetreu schilderte, und sich die lächerlichen persönlichen Antritte vergewegen-wärtigt, die das eiserne Organ gegen Otto Rühle, Friedrich Wind und andere wegen ihrer Schilderung des in Rußland gemachten Eindrucks richtete, wird nicht wenig erstaunt sein, nunmehr in demselben Blatt eine Rechtfertigung all dieser Kritiker zu finden. Schreibt doch die „Rote Fahne“ in ihrer Nummer 433 vom 4. Oktober unter der Signatur „Der neue Kurs in der Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands“ neben anderem das folgende:

„Es gibt Genossen — und ihrer nicht wenige — die da meinen, Kommunist sein bedeutet in erster Linie, unter Verzicht auf jedes selbständige Denken all das, was draußen in Sowjet-Rußland geschieht, in den Tönen höchster Begeisterung zu preisen, womit sie dann auch ihrer Pflicht gegenüber der proletarischen Revolution im weitesten Maße gerecht zu werden wähnen. Trübsüßig war es, der in einer Rede auf dem Dritten Kongress mit der ihm eigenen Schärfe und mit berechtigter Bitterkeit jene gehalten, die aus Moskau zurückgekehrt, glauben, nichts anderes tun zu müssen, als von jenem Paradies zu schwärmen, das sie dort angeblich gesehen, jeden als Keher verdammend, der die Dinge nicht ebenso tollig sieht, wie sie. So wenig man dem russischen Proletariat hilft, so wenig nützt man auch der Sache des proletarischen Befreiungskampfes, wenn man die Arbeiter in Westeuropa mit Missionen und kindlichen Märchen über die irdischen Zustände füttert, die ihrer sofort nach Eröberung der Macht harren.“

Leidet ist der „Rote Fahne“ dieses Geständnis, daß die Schilderungen über die ärmlichsten Verhältnisse in Sowjet-Rußland, die sie bisher selbst verbreitet hatte und die auch einen wesentlichen Bestandteil jeder Rede der kommunistischen Agitatoren gebildet hatten, eitel Schwindel waren. Aber wo man die Leute nur eine zeitlang an der Nase herumführen kann, so kann man sie auch nur vorübergehend mit Gaukeleien füttern, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Und deshalb ist die allerdings recht verspätete Einsicht der „Roten Fahne“ nicht ohne Bedeutung.

Abgeblät. Am Sonnabend wurde in einer Sitzung des Reichsratsausschusses das vom Thüringischen Minister des Innern ergebene Verbot eines Gaujüngendages des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes als berechtigt anerkannt. Die gegen das Verbot gerichtete, mit einer Schabenerklärung verbundene Beschwerde des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes wurde abgewiesen.

Beendigung des Bremer Arbeiterstreiks. In einer fast bejubelten Versammlung der Arbeiter der A. G. Weser wurde Montag mit großer Mehrheit die Beendigung des seit sieben Wochen dauernden Streiks beschlossen. Mit der Ausnahme der Arbeit am Mittwoch kann gerechnet werden.

Um den Andrang zu bewältigen,

der zufolge unserer außergewöhnlich billigen Angebote eingefeht hat, bitten wir unsere verehrl. Kundenschaft, uns nach Möglichkeit schon in den Vormittagsstunden zu besuchen. — Wir verkaufen, solange unsere Abschlüsse reichen, weiter zu diesen enorm billigen Preisen und empfehlen Jedermann, sich in eigenem Interesse diese Gelegenheit nicht entgehen zu lassen.

Zweigniederlassung:
Spandau, Breite Straße 22

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linkstraße 11.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr:
Der Bauer als Millionär

Neues Volkstheater
Reinischer Str. 43
7 1/2 Uhr: Jugendfreunde

Staatstheater
Opernhaus
8 1/2 Uhr: Tristan u. Isolde
Chorleitung: Max Scharoun
7 1/2 Uhr: Nathan d. Weise

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Der Oberon

Kammerspiele
8 1/2 Uhr: Der Hühnerhof

Großes Schauspielhaus
Sachstraße
7 1/2 Uhr: Die Räuber

Opern-Theater
7 1/2 Uhr: Die Räuber

Nixchen

Theater I. d. Königsgräber Str.
7 30 Uhr: Satans Raste
mit dem Feuer spielen
(Orakel, Roman, Bild)

Romödienhaus:
8 Uhr:
Max Pallenberg
Hans Waßmann
Lorenz Buchen-Schmuck
Jonys
Busenfreund

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Fritz Maffray u. G.
Ralph Arthur Roberts
Herb. Ripper, Wally Koch

Theater am Kollendorfsplatz
8 Uhr:
Der Bettler
aus Dingsda
Theater des Offens
7 1/2 Uhr:
Das Glück der kleinen Leute

Rosa Luxemburg
Karl Liebknecht
Leo Jogiches

Seeben erschienen!

Siehe Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie

Eine Folge von Karl Kautsky

Preis 2.00 Mark

Buchhandlg. „Freiheit“, Berlin C 2
Breite Str. 8-9

Schokoladen
in großer Auswahl sowie
Stangen, Bonbons, Kets,
sowie für Kinder
und Wiederverkäufer
Schneider, Rodenbergstr. 27

Möbel
Jeder Art der
kleinen Anzahlung
und
bequemer Abzahlung
Winkelhofs
Andreasstr. 28
Rur 1 Treppe
Strenge Diskretion!

Gold-Silber-Platin
Sachen und Bruch
Quecksilber, Feilblech
Lauten zu hohem Kurs
Ratzlaff & Zimmer
Lindenstraße 93

Altmetalle
Jeder Art alte Bestecke, Uhren,
Broschen, Str. 1. Reichenberger
Börse Str. 107, I. Hof, Keller.



Kredit

B. FEDER
Brunnenstraße 1
Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103
Charlottenbg., Scharrenstr. 5
Auf bequemste Teilzahlung

**Herren-, Damen-,
Kinder-Bekleidung**

Leppche, Gardinen, Böden,
Chaiselonnus- u. Stenndecken
Kissen u. Kissen abzunehmen

Strenge Diskretion! Anzahlung nach
Urbekannt!

Per sofort gesucht:
**Tüchtige
Verkäufer**
für
**Glas
Porzellan
Steingut**

Meldungen
von 11-12 Uhr vormittags
und 5-7 Uhr nachmittags

Kaufhaus Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

Frauenmode
anerk. kauft zu hoch.
Verkauf Haus modig.
Kaiser-Wilhelm-Str. 30

**Auf Teilzahlung
Anzüge**
Culways, Uster,
Schüppler, Regens,
Mehrer, mod. Seder,
Wren, Diskretion
Kais. Lutz
Gottlieb
Hollendorfsstr. 22 a.
Sonntags 9-1

Der kleine Samariter
bietet zur
Selbsthilfe
bei leichten Krank-
heiten und gibt
Beteiligungsmittel
bis zum Verschwinden des
Krankheitszustandes.

Mit Anhang
Anleitung zur Einrichtung
einer Kranken-othek
Preis 1.20 Mark

Zu beziehen durch
Buchhandlg. „Freiheit“
Berlin C 2, Breite Str. 8-9
sowie durch alle Expedi-
tionen der „Freiheit“

Schlaflos
Ist die Ursache aller
Krankheiten, Schlaflosig-
keit, nervöse Unruhe u.
Schwäche, Schlaflosig-
keit verb. behoben durch
Waldmanns aus hel-
len Pflanzenstoffen, die
natürliche Medizin zur
Beseitigung der Ursachen.
Preis 12.- M. Otto
Meißel, Berlin 40 50,
Eisenbahnstr. 4.

Wintermäntel
Die Damen, Herren und Knaben, in den Preis-
klassen 150.-, 175.- und 200.- Mark. Einzel-
verkauf werktäglich von 8-4 Uhr. Händler und
Besucher auswärtiger Märkte hohen Absatz!

Loiat G.m.b.H., Bin. Friedena
Kaiserallee 64/65, Strg. 2. Stk. / Tel. 8166 (110)
Eisenbahnstr. F. L. O. W. 51, 66, 67,
Königsplatz, Wilmersdorf-Friedenau.

Zur Aufklärung!

Die von einem Teil der Gastwirte Gross-Berlins verbreiteten Mit-
teilungen über die Gründe ihrer Differenzen mit den Brauereien sind
irreführend und unzutreffend. Der Streit zwischen Gastwirten und
Brauereien in Berlin ist

**nicht auf die Bierpreise der Brauereien,
sondern auf das Verlangen eines Teils
der Gastwirte um Schutz höherer Aus-
schankpreise**

zurückzuführen. Zur Erläuterung diese nachstehende Aufstellung über
die Entwicklung der Bierpreise:
Ab 8. Juni d. J. betrug der Bierpreis der Brauereien für Vollbier
M. 2.40 je Liter. Als Ausschankpreise der Gastwirte waren vereinbart

**in Gruppe I (einfache Lokale) M. 4.— je Liter
in Gruppe II (Lokale mit größe-
rem Aufwand) M. 5.— je Liter.**

Mitte August hat die Lokalkommission der Gastwirtsvereinigungen
Gross-Berlins, ohne dass die Brauereien eine Preiserhöhung vorgenommen
hätten, die Preise in Gruppe I auf M. 5.—, in Gruppe II auf M. 6.— je
Liter heraufgesetzt. Ein grösserer Teil von Gastwirten der Gruppe I hat
sich an dieser Erhöhung nicht beteiligt und den früher verein-
barten Preis von M. 4.— beibehalten.

Seit dem 22. September d. J. beträgt infolge der ausserordentlich ge-
stiegenen Rohstoffpreise für Gerste, Malz, Hopfen, der höheren Löhne und
Gebühren der Bierpreis M. 3.20 je Liter.

Die Lokalkommission der Gastwirtsvereinigungen Gross-Berlins hat
aus diesem Anlass als Ausschankpreise vorgeschlagen:

**in Gruppe I M. 6.—,
in Gruppe II M. 7.—,**

bei Geschäften mit noch höheren Aufwendungen in Gruppe II M. 8.—
bis M. 9.—.

Ein nicht unbedeutender Teil der Gastwirte, insbesondere
diejenigen, die sich im August der einseitigen Preiserhöhung der Lokal-
kommission nicht angeschlossen und auch bisher das Liter zum Preise
von M. 4.— ausgeschänkt haben, lehnen die Erhöhung ihres Aus-
schankpreises um M. 2.— auf M. 6.— je Liter als unbegründet
ab und beabsichtigen zu einem geringeren Preise und zwar von M. 5.30
je Liter auszuschänken.

Die Lokalkommission der

**Gastwirte verlangt nun von den Braue-
reien, diese Gastwirte durch Bierliefe-
rungsentziehung zu zwingen, ebenfalls
auf einen Ausschankpreis von je M. 6.—
je Liter heraufzugehen.**

Die Brauereien haben diese Forderung abgelehnt, da es
ihnen nicht zugemutet werden kann, einen Teil ihrer Abnehmer gegen
ihren Willen zu zwingen, die eigenen Ausschankpreise weiter zu erhöhen,
als sie es für notwendig halten.

Die Brauereien glauben die Feststellung des obigen Tatbestandes
der Öffentlichkeit schuldig zu sein.

BERLIN, Anfang Oktober 1921.

Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend:
Bergschlossbrauerei Aktiengesellschaft,
Berliner Kindl-Brauerei Aktiengesellschaft,
Böhmisches Brauhaus Aktiengesellschaft,
Brauerei Julius Böttzow,
Engelhardt Brauerei Aktiengesellschaft,
Hochschulbrauerei, Lindener Aktienbrauerei
Abteilung Schlossbrauerei Schöneberg,
Löwenbrauerei Aktiengesellschaft,
Schultheiss-Patzenhofer Brauerei-Aktienges.

NOTGELDSCHEINE
Preilische Banknot. Zeit, Münzhandel, Berlin W 66, Mittelstr. 40

Tüchtige
Kassiererinnen
sofort gesucht

Meldungen: 5-7 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
Charlottenburg,
Wilmersdorfer Str. 118-119

Per sofort gesucht:
Verkäuferinnen
für
**Bijouterie
Kurzwaren
Passementerie**

Meldungen
von 11-12 Uhr vormittags
und 5-7 Uhr nachmittags

Kaufhaus Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

Unschneiden!

Einherhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Pakant bestellen!
Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der **zweimal** täglich erscheinenden Zeitung
„**Freiheit**“
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der Möglichkeit einmal erscheinenden
häufigsten Unterhaltungsbeilage „**Freie Welt**“
zum Preise von Mk. 12.— monatlich, Mk. 6.— halbjährlich,
bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
Ort: _____
Straße: _____
Postamt: _____
Eisenbahnstr. _____
Telefon: _____
Bitte an die Hauptredaktion, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzuschicken.

**Botenfrauen
sofort gesucht**

Expedition Döring
Steinmeyerstraße 23
Expedition Werner
Greifswalder Straße 29
für folgende Touren:
Wincke u. Heinersdorfer Str., Kuglers
und Mandels und Greifswalder Straße
Expedition Krüger
Neukölln, Emjer Straße 32

Preussischer Landtag

50. Sitzung, Mittwoch, den 3. Oktober.

Die zweite Beratung des Haushalts wird fortgesetzt, in Verbindung mit ihr die große Anfrage der Kommunisten über die Höchstlöhne.

Abg. Esser (Ztr.): Die Deutschnationalen wollen die Aufhebung der Sanktionen nicht als einen Erfolg der Regierung hinstellen. Sie sollten nur die Stimmung der Leute im besetzten Gebiet studieren. Die Preise des rheinisch-westfälischen Kohlenindex sollten einmal nachgeprüft werden. Eine Erhöhung des Achtstundentages ist auch für das Handwerk nicht annehmbar.

Handelsminister Fischer: Mit Genugtuung stelle ich fest, daß hier von allen Parteien die Notwendigkeit des Fortbestehens des Preussischen Handelsministeriums mit solchem Nachdruck betont worden ist. Ich stimme der Kritik zu, daß der Hauptteil der Schuld an dem neuerlichen Rückgang der Mark auf die Verpflichtungen entfällt, die wir durch das Ultimatum übernommen haben, namentlich auch die Verpflichtung, in Dollars zu zahlen. Daraus ergibt sich eben im natürlichen Lauf der Dinge ein

Sinken der Mark.

Es ist der Ruf laut geworden: Zurück zur Devisenordnung! Dr. Grund hat bereits auseinandergesetzt, aus welchen Gründen sie aufgehoben wurde. Manche Exportindustrie ist allerdings sehr wohl in der Lage, aus Material aus dem Auslande zu verzichten, andere Industrien sind aber gerade darauf angewiesen. Der private Devisenhändler ist allerdings nichts weiter, als Jobber. (Beif. Zustimmung.) In dieser Beziehung kann man wohl den Plan erwägen, ob nicht der Bankier verpflichtet werden kann, die Person der privaten Käufer zu prüfen und von ihnen eine Bescheinigung darüber zu verlangen, daß sie die Devisen gekauft haben, und diese Bescheinigung dem Finanzamt zu geben. Ich habe mich mit dem Zentralvorstand der deutschen Banken in Verbindung gesetzt und hoffe, der Auswärtige Herr zu werden. Mag es uns gelingen, das große Problem, das in der Entwertung unserer Mark liegt, bleibt bestehen. (Sehr wahr!) Das Handelskammergesetz ist ausgearbeitet und den Handelskammern zur Begutachtung zugegangen. Des Preussische Handelsministerium wird mit allen Kräften darauf hinwirken, denartige Ungleichfälle, wie in Oppau, nach Möglichkeit zu verhindern. Selbstverständlich müssen wir den Gang der Untersuchung über die Ursache der Katastrophe abwarten. Authentische Ziffern über die

Stillelegung der Höchstlöhne

kann ich heute nicht geben. Die Behauptung, die Arbeiterkraft sei unter heutzutage Vorwänden entlassen worden, widerspricht den uns gemachten Mitteilungen.

Abg. Janssen (Dnl.): Die Preissteigerung für Kartoffeln ist selbstverständlich, solange der Landwirt teure Düngemittel für die billige Kartoffel kaufen muß. (Widerspruch links.)

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Rest von heute, Große Anfrage Hermann (Dem.) über die Lehrverhältnisse, Große Anfrage der Sozialdemokraten über die Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule. — Schluß nach 5 Uhr.

Gemeinwirtschaftlicher Wohnungsbau

Kein Reichskommissar für Wohnungswesen

Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen berichtete zunächst Abg. Silbermann (Soz.) über das Ergebnis der Verhandlungen des Unterausschusses über die Anfrage, die im Unterausschuß zur Annahme gelangt und noch zu erledigen sind. — Abg. Bahr (Dem.) äußerte in der darauffolgenden Einzelberatung Bedenken hinsichtlich der in der Vorlage festgelegten Richtlinien. — Abg. Ruhn (U. S. P.) richtete sich gegen Bereitstellung von Mitteln für privaten Wohnungsbau und wollte die gesamten von der Allgemeinheit aufzubringenden Mittel gemeinwirtschaftlich tätigen Bauvereinigungen überwiesen wissen. — Ministerialrat Dr. Glah (Reichsarbeitsministerium) erklärte das Einverständnis seines Ministeriums, daß die Mittel zum Wohnungsbau aus der Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden. Er legte jedoch die Gründe dar, die gegen Schaffung eines Reichskommissars sprechen. — Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums wandte sich gegen Schaffung von Steuern zu Sonderzwecken, da der Beamtenapparat ohnehin unübersichtlich ist und nicht noch mehr anzuwachsen darf. — Nachdem die Abg. Tremmel (Ztr.) und Behrens (Dnl.) ihre Bedenken hinsichtlich der Schaffung eines Reichskommissars für das Bauwesen geäußert hatten und sich der Abg. Merkel dafür eingelassen hatte, wurden in der darauffolgenden Abstimmung die betr. Richtlinien zu einem wesentlichen Wohnungsbauprogramm für 1923 und 1923 in wesentlichen Teilen angenommen. Abgelehnt wurde die Bestimmung, daß für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms ein dem Reichswirtschaftsministerium anzuschließendes Reichskommissariat für Wohnungs- und Siedlungswesen, mit einem Reichskommissar an der Spitze, begründet werden soll. Eine wesentliche Änderung der Vorlage trat ferner darin ein, daß nicht, wie in der Vorlage vorgesehen, neben der gemeinschaftlichen Verwendung der Mittel zu 25 v. H. eine privatwirtschaftliche Verwendung vorgesehen wird. Gemäß einem Antrag Ruhn

wurde beschlossen, daß ohne Einschränkung die von der Allgemeinheit aufzubringenden Mittel gemeinwirtschaftlich tätigen Bauvereinigungen, Siedlungsgenossenschaften und Gemeinden zuzuführen sind. Ferner wurden auf Antrag Behrens (Dnl.) eine Reihe von Bestimmungen angenommen, die der Behebung der Bauzögerung dienen sollen. — Abgelehnt wurde jedoch mit 13 gegen 13 Stimmen die hierbei erhobene Forderung, alle ohne Zuschüsse mit öffentlichen Mitteln neugebauten und solche Wohnungen, die in Räumen, welche bisher nicht diesem Zwecke dienen, hergestellt sind, von jedem Zugriff der Wohnungsämter auszuschließen. Ebenso auch der Anspruch auf weitherziger Haltung der Bestimmungen über die Gewährung von Bauförderungsschüssen, insofern, daß auch mit Wohnungsneubauten verbundene, wirtschaftlichen Zwecken dienende Räume billiger gebaut werden können.



Die Mörderpartei,

die Partei des Rabauantifemitismus, die Partei der Knüppel-Kunze, der Koch usw.

gelangt zum ausschlaggebenden Einfluß,

menn am 16. Oktober eine bürgerliche Mehrheit im Roten Hause einzieht.

Die Gefundung Groß-Berlins

die Erfüllung seiner sozialen und kulturellen Aufgaben aber hängt davon ab, daß am 16. Oktober eine sozialistische Mehrheit gewählt wird, in der ausschlaggebend ist die

Unabhängige Sozialdemokratie



Arbeiter und Angestellte

Ohnmächtige Hege

Der „G. d. A.“, die Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (der demokratischen Angestelltenorganisation) veröffentlicht die nachstehende vergleichende Zusammenstellung über die Löhne von Arbeitern und Angestellten.

Schwerin (Ziegeleien).	
Sandlader, Schmirger im 21. Lebensjahre	1060 M.
Arbeiterinnen im 18. Lebensjahre	686 „
Magdeburg (Holzindustrie).	
Hilfsarbeiter im 23. Lebensjahre	1050 M.
Siemotwistinnen im 18. Lebensjahre	475 „
Mainz (Großhandel).	
Ungelehrte Arbeiter im 24. Lebensjahre	975 M.
Buchhalter, Kassierer im 24. Lebensjahre	990 M.
Konstruktoren im 23. Lebensjahre	810 „
Hamburg (Nahrungsmittelbranche).	
Fleischergesellen	1352 M.
Hilfsarbeiter	1227 „
Dranienburg (Baugewerbe — Tiefbaugewerbe).	
Ungeübte Arbeiter im 22. Lebensjahre	1373 M.
Steinträger	1456 „

Der Zweck dieser Darstellung ist durchsichtig. Die Angestellten sollen gegen die Arbeiter aufgereizt werden. Mit dieser Absicht trifft der G. d. A. sich selbst. Er sollte sich nicht mit solchen Redungen aufhalten, sondern zusehen, daß die bei ihm organisierten Angestellten bessere Gehälter durchsetzen. Ist er dazu zu ohnmächtig, und richtet er seine Pfeile deshalb gegen die Arbeiterschaft, statt gegen die Unternehmer? Ferner ist zu den Zahlen zu bemerken, daß ihre Auswahl und Gegenüberstellung in höchst unfaßlicher und irreführender Weise

der Weise geschehen ist. Ein Angestellter mit 18 bis 20 Jahren ist ein Anfänger, ein ungelernter Arbeiter im gleichen Alter gilt dem Unternehmer dagegen als volle Kraft, die zu voller Leistung verpflichtet ist. Gerade der G. d. A. fällt seine eigene Meinung, wenn er das Einkommen beider Gruppen ohne Vorbehalt vergleicht, denn er ist es gerade, der sonst nicht laut genug die Eigenart der Lage des Angestellten betonen kann.

Das „Berliner Tageblatt“ hätte das bedenken sollen, als es der Veröffentlichung des G. d. A. durch kommentarlosen Abdruck weitere Verbreitung verschaffte.

Rahr-Bayern

Im „Regensburger Echo“, unserem dortigen Part. Blatt, finden wir folgende Schilderung:

„Bayern.“

(Auszug aus dem neuen Konversationslexikon von Pilmar):

„Bayern, selbständiges Königreich, grenzt im Norden an das Deutsche Reich, im Westen an Schwaben, im Süden und Osten an Oesterreich. Früher, unter der Dynastie Wittelsbach, wurde es im November 1918 vorübergehend eine Republik. Im März 1920 durch den von Norden einwandernden feindlichen Stamm der Kessler erobert, wurde es wieder ein Königreich unter der Dynastie Böhmer (regierender König Ernst L.). Nationalfarbe Schwarzweißrot, Kriegsflagge eine schwarze Handgranate auf blau-weißem Grunde, von einem roten Kranz umwickelt, mit Stahlhelm darüber. Das Klima des Landes ist römisch-katholisch, die Fruchtbarkeit, besonders an Sonntagen und bei Regimentsfeiern, sehr groß. An Bodenerzeugnissen sind zu nennen besonders Rüben (Zuckerrüben, gelbe Rüben und sogenannte „Gherte Raam“), ferner Kefel und Birnen, welche besonders im faulen Zustande im politischen Kampfe Verwendung finden. Der ehemals große Waldreichtum des Landes ist in letzter Zeit sehr zurückgegangen, da ein Teil des Baumbestandes wegen des großen Bedarfs an Flinten gefällt werden mußte. Die Viehzucht ist sehr im Schwung, besonders Ochsen, Schafe, Kühe und schwarzes Stimmvieh gedeihen gut. Es wird viel Vieh ausgeführt, die größten Ochsen aber bleiben im Lande. Die hauptsächlich landliche Bevölkerung lebt vom Getreidebau und Milchviehhaltung. Die Industrie erzeugt vornehmlich Getreidemehl, Stahlhelme, Rosenkränze und Gummimittel.

Die Hauptstadt des Landes ist Miesbach im Alpenvorland (4000 Einwohner), hat zwei katholische Kirchen, Brauereien und eine Hochschule für politische Nord. Ist ein einflussreiches Bistum. Lebenswürdigkeit: Ein riesiges Falkenkreuz, zu dem alle Jahre Tausende von Vögeln wallfahren, ferner ein großer Markt in dem sich die Reduktion des bairischen „Kaisers“-organs, des „Miesbacher Anzeigers“, befindet. Andere bedeutende Orte sind Pöcking, Trudering, Feldmeining, bekannt durch Holzwasser, Freizeitsport und traditionelle Kaufereien. München, früher bekannt als Kunst- und Fremdenstadt, wegen der fremdenfeindlichen Maßnahmen sehr zurückgegangen, heute nur noch zu nennen wegen seiner bedeutenden Plakatsucht und als Sammelplatz einer heftig nationalistischen antimilitarischen Sekte, die die Straffreiheit des Mordmordes predigt und zu einem neuen Kreuzzug nach Juda aufruft. Bekannt ist das Münchner Kindl, früher mit Königsdiadem und Mantel gekleidet, jetzt mit Stahlhelm und Gummimittel ausgerüstet.“

Au der Partei

Quittung

Im Monat August-September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Extrabeiträge für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ein: Von der Reichstagsfraktion überwiefen 21.000 M., von der Preussischen Landtagsfraktion 11.000 M., F. P. 20.000 M., R. 750 M., J. 1050 M., S. 400 M., D. 400 M., C. 600 M., L. 600 M., Honorar zurück 27 M.

Der Zentralkassierer: Ludwig.

In seiner letzten Sitzung hat das Zentralkomitee unserer Partei beschlossen, zu dem am 28. Oktober in Graz beginnenden Parteitag der deutschösterreichischen sozialdemokratischen Partei die Genossen Luise Ziegl und zu dem am 29. Oktober in Paris beginnenden Parteitag der sozialistischen Partei Frankreichs den Genossen Lebehour zu entsenden. Am dem am 15. November beginnenden Parteitag der deutsch-schweizerischen sozialdemokratischen Partei wird im Auftrage der Parteileitung die Genossin Wurm teilnehmen.

Sonderangebot!

Gardinen	Teppiche
2 Schals 250 65	75.— M. Antikarte Duschel . . . 575.— M. an
2 Schals 1 1/2 Bahng . . . 125.— M. Blauschwarz . . . 135.— M. an	baum bedingt . . . 125.— M. Rongere . . . 110 cm br. 17.50 M.
Stiers . . . 85.— M. Cramis . . . 150 cm br. 37.50 M.	

Verdecken, zweifach . . . 125.— M.

Gardinenhaus Zimet Spandauer Str. 102 am. Jankowitsch, Wicherstr. 6 (Ecke Ringstr. Schuba). Ufer

Die neue Herbst- und Winter-Mode

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen gefertigt.

Ulster aus halberem Stoffen, in braun, grau oder oliv 285 ⁰⁰	Uebergangs-Ulster, Schlüpfer u. Raglans u. Homepun, u. Cheviot M. 1000, 900, 750, 600 475 ⁰⁰	Jackett-Anzüge aus guten blaugrauen, grün- gestreiften und ander-farbigen Stoffen hergestellt M. 800, 500, 450 ⁰⁰
Winter-Joppen aus festem Lodenstoff, warm gefüttert, Interline und Sportform M. 400, 350, 300, 250, 175 ⁰⁰	Uebergangs-Paletots a. marengo Cheviot, in guten Qualitäten M. 800, 700 575 ⁰⁰	Jackett-Anzüge aus vorzüglich Stoffen in den neuesten Mustern, gestreift, kariert und einfarbig, auch Homepun . . . M. 800, 750, 690 ⁰⁰
Schlüpfer, Raglans und Ulster aus grünem, stahlgrauen u. braunen Flechtgrün- und Diagonalgewoben, hervorragende Qualitäten M. 600, 575 ⁰⁰	Gummimäntel für Damen und Herren, hochgeschlossenen und mit Fassen, in guten Qualitäten M. 550, 450, 350 265 ⁰⁰	Jackett-Anzüge aus erstklassigen Kammerger- und Cheviotstoffen, in blau und farbig M. 1200, 1000, 900 ⁰⁰
Schlüpfer, Raglans und Ulster aus Flansch-, Homepun- u. Diagonalstoff, L. d. wundertollsten neuesten Faserverbindungen, hell u. dunkel gemust. M. 800 700 ⁰⁰	Gummimäntel in Double u. Covercoat, in hervorragenden Qualitäten M. 750, 650 550 ⁰⁰	Sport-Anzüge mit Breechesbeinen, aus gutem Lodenstoff, in allen Farben M. 500 400 ⁰⁰
Schlüpfer, Raglans und Ulster aus erstklassigen Fabrikaten, in den allerneuesten Fasern gearbeitet M. 1200, 1000, 900 900 ⁰⁰	Lodenmäntel für Damen und Herren aus guten Strichloden u. Kamelhärloden M. 450, 350, 275 225 ⁰⁰	Sport-Anzüge aus Homepun, Manchester und gemustert Cheviot M. 850, 750, 600 ⁰⁰
Winter-Paletots aus vorzüglich Marengo- und schwarzen Stoffen, M. 1000, 800, 600, 700, 600 ⁰⁰	Loden-Pelerinen für Damen und Herren, a. weicherem Strichloden M. 250, 225 190 ⁰⁰	Hosen in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten, anfangend mit M. 55 ⁰⁰

Geh- und Sportpelze

Modernste Massanfertigung — Verwendung bester Stoffe und Zutaten — Sehr mässige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikologen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Gewerkschaftliches

Unfallfürsorge bei der A. E. G.

Wir erhalten wieder Beschwerden über die unzulänglichen sozialen Einrichtungen in der Turbinenfabrik der A. E. G. in der Huttenstraße. Bei einer Belegschaft von 3000 Mann wäre die ständige Bereitschaft eines Krankenwagens erforderlich. Am Montag, den 3. d. M., ereignete sich wieder ein Unfall, und der betreffende Arbeiter blieb besinnungslos liegen. Auf einem Lastwagen wurde der Verunglückte, der sich eine Gehirnerschütterung zuzog, ins Krankenhaus befördert.

Der Betriebsrat der Turbine hatte erst am 27. September mit dem Herrn Direktor Blumenthal erneut wegen Anschaffung eines Krankenautos verhandelt. Der Erfolg war, daß der Antrag mit der Motivierung abgelehnt wurde, daß die Personswagen (für die Direktion) und Postwagen sowie Droschken zur Verfügung stehen. Außerdem befände sich ein Krankenwagen in der A. E. G. Brunnenstraße. Diese Logik ist durchschlagend. Solch ein Gebot muß als eine sträfliche Maßregel bezeichnet werden. Für solch einen Riesentonzern ist die Anschaffung und Unterhaltung eines Krankenwagens ein lächerliches Teilgeld, und die Dividende wird dadurch sicherlich nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Belegschaft fordert erneut die Bereitstellung eines Krankenwagens, und wir hoffen, daß diesem Verlangen Rechnung getragen wird.

Konferenz der Staatsarbeiter

Am 2. Oktober tagte im Gewerkschaftshaus eine vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einberufene Konferenz der Staatsarbeiter aus den Gauen Brandenburg, Siedin und Berlin. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Kollegen Polenske, der als Bevollmächtigter der Filiale Berlin an der Konferenz teilnahm, eröffnete der Kollege Richter (Berlin) den sachlichen Teil der Tagesordnung durch ein ausgiebiges Referat über Organisationsfragen der Staatsarbeiter. In ausführlicher Weise schilderte er die Entwicklung des Verbandes, insbesondere den beispiellosen Aufschwung in den letzten Jahren. Mit diesem Erfolg sei der beste Beweis erbracht, daß die hier in Frage kommende Arbeiterschaft immer mehr der Auffassung zuneigt, daß eine einheitliche Organisation die beste Bürgschaft ist für Sicherheit der Existenz. Die darauffolgende Diskussion sowohl, als auch die hierzu gefaßten Beschlüsse ließen erkennen, daß in den Reihen der Staatsarbeiter der erste Wille vorhanden ist, unter größtmöglicher Ausnutzung der gegenwärtigen günstigen Lage, im Sinne der Ausführungen des Referenten zu wirken. Ueber die Regelungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen sprach Kollege Kai (Berlin), der eine Parallele zog zwischen den heutigen Arbeitsverhältnissen und denjenigen der Vorkriegszeit. Bei einer derartigen Gegenüberstellung ergibt sich der beste Beweis, daß auch die Staatsarbeiter, die früheren Sklaven einer herrschenden Klasse, eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Vorwärtsentwicklung aufzuweisen haben. Aus den Ausführungen ging aber auch hervor, daß der Arbeitgeber-Staat auch heute noch daran festzuhalten versucht, bei der Entlohnung seiner Arbeiter möglichst Sparsamkeit walten zu lassen, ein Verfahren, das im früheren Obrigkeitssystem war. Ganz besonderes Interesse erweckten die Ausführungen des Kollegen Docter (Berlin), der über die Notwendigkeit der Einführung des Ruhelohnes sprach.

Nach recht ergiebiger Aussprache über diesen letzten Punkt fand die erste Konferenz der Staatsarbeiter, die allerdings nur Vorläuferin einer allgemeinen Reichskonferenz ist, ihr

Ende. Alles in allem bedeutet auch diese Konferenz wieder einen weiteren Erfolg in der Entwicklung des Staatsarbeiterverbandes.

Zum Streit der Holzarbeiter

Durch die Presse geht eine Mitteilung über das Ende des Holzarbeiterstreiks und ein Teil des angeblichen Schiedspruchs wird dabei bekanntgegeben.

Es muß richtig gestellt werden, daß dem Bureau des Holzarbeiterverbandes bis Mittwoch mittag um 2 Uhr noch kein Schiedspruch vorliegt. Es ist also falsch, irgendwie ein Ende des Streiks vorauszusetzen und daraus Schlüsse zu ziehen. Die Arbeitgeber versuchen auf Grund dieser Meldung, die streikenden Holzarbeiter zur Arbeitsaufnahme zu bewegen.

Die streikenden Holzarbeiter haben nur der Parole der Streikleitung Folge zu leisten und werden, sobald ein Ergebnis vorliegt, zwecks Information und Beschlußfassung sofort zu einer Versammlung zusammengerufen.

70 streikende Kollegen werden sofort zu tariflichen Löhnen bis 8,80 M. für außerhalb verlangt. Meldung sofort im Bureau, Zimmer 8.

Der „Vorwärts“ in seiner Uebereiligkeit brachte Dienstag eine Nachricht einer bürgerlichen Korrespondenz, die von einem Ende des Holzarbeiterstreiks berichtete. Dieser Irreführung treten die obigen Ausführungen entgegen.

Arbeitsaufnahme im Ausland

Im Juni d. J. fanden in Kopenhagen Verhandlungen mit dänischen Gewerkschaftsführern statt. Von letzteren wurde u. a. Beschwerde geführt, daß aus Deutschland zureisende Arbeiter sich vor der Annahme von Arbeit vielfach nur ungenügend oder gar nicht über die Arbeitsbedingungen in Skandinavien unterrichten und daher zu Bedingungen Stellung annehmen, die zum Teil weit hinter den tariflichen Festsetzungen der skandinavischen Arbeiter zurückbleiben. Die Folge ist eine wesentliche Schädigung der einheimischen Arbeiter, die weitere aber für die in Arbeit tretenden, daß die skandinavischen Gewerkschaften die Mitgliedschaft solcher Ausländer ferner nicht mehr anerkennen wollen. Um also Verbandsmitglieder, welche angebotene Stellen im Auslande annehmen wollen, vor Schaden zu bewahren, ersuchen wir sie, Stellung im Ausland nur unter tariflichen Bedingungen und nach vorheriger Anfrage bei ihren Hauptvorständen anzunehmen.

Lohnbewegung im Eisenhandel. Am Montag, den 3. Oktober 1921, abends, nahmen im überfüllten Saale der Vordrauerie die Berliner Eisenhandelsarbeiter den Bericht von den Verhandlungen über die eingereichten Lohnforderungen entgegen. Die Stimmung der in großen Scharen erschienenen Arbeiter bewies, daß, falls der Schlichtungsausschuß den berechtigten Forderungen nicht Rechnung getragen hätte, der Wirtschaftskrisis unter allen Umständen gefährdet gewesen wäre. Der Vertreter des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes berichtete über die stattgehabten Verhandlungen, die leider kein Ergebnis hatten und durch deren Ablauf die Organisation genötigt war, den Schlichtungsausschuß anrufen. Diese Verhandlungen fanden am Montag vormittag statt. Die Arbeitgeber waren wohl zu Zugeständnissen bereit, aber nicht in der Höhe, in der eine Verständigung möglich gewesen wäre. Nach vierstündigen, recht schwierigen Verhandlungen unter Vorsitz des Herrn Assessor Jacob gelang es dann doch, eine Verständigung zu erzielen. Die neuen Löhne, die durch einstimmigen Schiedspruch festgelegt sind, betragen: für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren 160 bis 200 Mark; für Arbeiter über 18 Jahre, Gruppe I 410 Mark; Gruppe II 400 Mark; Gruppe III 390 Mark. Der Stundenlohn ist festgelegt für Gruppe II auf 8,40 Mark; für Gruppe III auf 8,20 Mark. Das Lohnabkommen

ist für zwei Monate gültig. In der Versammlung machte sich zunächst eine starke Opposition gegen die Annahme dieser Sache bemerkbar. Die Versammlung jedoch nahm dann nach längerer Aussprache gegen eine starke Minorität diesen Schiedspruch an, nachdem inzwischen bekannt geworden war, daß auch die Arbeitgeber sich demselben unterworfen hätten.

Streik der Angestellten in der Chirurgiemechanik. Ueber die Bewegung in dieser Branche haben wir wiederholt berichtet. Nach monatelangem Verhandeln mit den Arbeitgebern hatte der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin von Amtswegen einen Termin anberaumt, der von den Arbeitgebern nicht wahrgenommen wurde. Ein Abgesandter derselben erklärte, daß die Arbeitgeber in der nächsten Zeit nicht verhandeln könnten. Der unparteiische Vorsitzende der betreffenden Kammer des Schlichtungsausschusses hat die Arbeitgeber-Organisation telephonisch erlucht, Verhandler zu entsenden. Dies wurde aber abgelehnt. Daraufhin beschloß am Montag, den 3. Oktober eine Branchen-Versammlung der Angestellten einstimmig, Dienstag früh aus den Betrieben zu gehen. Die Urabstimmung über den Streik ergab eine Mehrheit von 80 Prozent für den Streik. Der Streik hat am Dienstag früh mit großer Energie eingesetzt; bei den beteiligten Angestellten ist ein einmütiger Streikwille vorhanden. Der Streik ist fast auf alle Betriebe ausgedehnt. Leider beteiligte sich auch in diesem Streik die Schupo wieder als Schutzpatron des Streikbrecher. Die Firma Lautenschlager hat Schupo ins Haus geholt und ist auch gegen Streiktruppen täglich vorgegangen.

Verbindlich erklärte Tarifverträge. Das am 1. Juli abgeschlossene Nachtragsabkommen zum Tarifvertrag für funktionierende Reichwaren ist für das Gebiet des ehemaligen Zweckverbandes Groß-Berlins und Umgegend mit Wirkung vom 1. Juli 1921 für allgemein verbindlich erklärt worden. Tarifverträge sind in unseren Bureaus, Pöhl-Platzstr. 7-10 und Kommandantenstr. 63/64, erhältlich. Wir bitten alle Kollegen, sich über die ihnen zutreffenden Gehaltsätze in unserem Verbandsbureau zu informieren. Pressestelle des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin.

Verlegung des Streiks der Bretterträger. Der Streik der Bretterträger und Mahlarbeiter sowie der Kutscher in den Ruhholzhandlungen Groß-Berlins, ist durch Verhandlung beim Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 4. d. M. durch folgenden Vergleich beigelegt worden: Der Tarifvertrag wird vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1921 verlängert. Der Stundenlohn für Bretterträger und Mahlarbeiter beträgt ab 1. Oktober 7,50 M., ab 1. November 7,75 M., und ab 1. Dezember 8 M. Akkordzuschlag 30 Prozent zu den bestehenden Akkordpreisen, für das Ueberladen auf der Bahn wird pro Zentner 0,20 M. gezahlt. Der Wochenlohn der Kutscher beträgt einschließlich Pferdepflege 850 M. Die Stundenlöhne der Maschinenarbeiter erhöhen sich prozentual wie bei den Bretterträgern und Mahlarbeitern. Die Hilfsarbeiter erhalten denselben Lohn wie die Bretterträger. Maßregelungen durch den Streik finden nicht statt. Sämtliche Arbeitnehmer treten wieder in ihr altes Arbeitsverhältnis. Als Entschädigung für die Streittage zahlen die Arbeitgeber für jeden Arbeiter 100 M. Die Kutscher erhalten nicht die 100 M., sondern den vollen Wochenlohn für die laufende Woche.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Für die Buchbinderkollegenschaft in den Buchdruckerien gelten dieselben Zulagen wie für die Buchdrucker, bzw. Anlegerrinnen. Näheres wird am Freitag, den 7. Oktober, nachmittags 1/2 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Str. 13, bekanntgegeben, ebenso die Akkordsätze und die Staffelsätze für die Kollegen. Es wird daher um vollständiges Erscheinen dringend ersucht!

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Der Geschäftsführer, Berlin-Gleisdorferstr. 10, Kommandantenstr. 63/64, und Gewerkschaftlicher: A. Kubner, Berlin; für den Inlandsteil und geistliche Mitteilungen: Ludwig Kowalewski, Charlottenburg. — Verlagsanwaltschaft: Dreier, a. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin S. 2, Silesische Straße 64.

In allen Abteilungen

unseres Geschäfts besonders auch in Blusen Röcken Kinder-Mänteln

finden Sie — genau wie bei Mänteln und Kostümen — unsere bekannt enorme Auswahl und unsere bekannt niedrigen Preise

Guter blauer Cheviot rock mit den beliebten Gruppenfalten 115.-

Entzückende Jumperbluse der so sehr beliebten Strick-Jugendlich. 120.-

Eskimo-Mantel mit entzückendem farbigen krimonierartigen Besatz am Kragen u. Stulpen Größe 4-6 Jahre 295.-

Niedlicher Mantel aus warmem, höherem, gestreiften Flauchstoff in vielen hellen Farben Größe 6-7 Jahre 145.-

andere Größen entsprechend

C & A

Königstr. 33 • Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113 • Beim Stettiner Bahnhof